

LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten
Walkerdamm 1 | 24103 Kiel

An das Ministerium für
Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung
Frau Saskia Pagell
Adolph-Westphal-Str. 4
24143 Kiel

Kiel, 6: Juni 2023

www.gleichstellung-sh.de

Sprecherinnen:

- Saskia Betke**
Amt und Gemeinde Trittau
Europaplatz 5
22946 Trittau
Tel.: 0 41 54 80 79 41
s.betke@trittau.de
- Anna-Theresa Boos**
Kreis Ostholstein
Lübecker Str. 41
22701 Eutin
Tel.: 04521 788-430
a.boos@kreis-oh.de
- Ulrike Ciniéri**
Verwaltungsgemeinschaft
Stadt Barmstedt - Amt Hörnerkirchen
Am Markt 1
25355 Barmstedt
Tel.: 04123 681-275
u.cinieri@stadt-barmstedt.de
- Gudrun Dietrich**
Gemeinde Stockelsdorf
Ahrensböcker Str. 7
23617 Stockelsdorf
Tel.: 0451/4901-117
g.dietrich@stockelsdorf.de
- Kerstin Schoneboom**
Stadt Glinde
Markt 1
21509 Glinde
Tel.: 040/7100-2540
kerstin.schoneboom@glinde.de
- Claudia Meyer**
Stadt Norderstedt
Rathausallee 50
22846 Norderstedt
Tel.: 040/53595-106
claudia.meyer@norderstedt.de
- Utta Weißing**
Gemeinde Harrislee
Süderstr. 101
24955 Harrislee
Tel.: 04 61/7 06-1 18
gleichstellung@gemeinde-harrislee.de

Geschäftsstelle

Birgit Pfennig

Geschäftsführerin
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431 30034721
geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein

zur

Änderung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein über die Anerkennung und Förderung der Beratungsstellen zur Sicherstellung eines Beratungsangebots nach polizeilicher Wegweisung im Sinne von § 201 a des Landesverwaltungsgesetzes Schleswig-Holstein (LVwG) - VIII GS 4 -

Sehr geehrte Frau Ministerin Touré,
sehr geehrte Frau Pagell,
sehr geehrte Damen und Herren

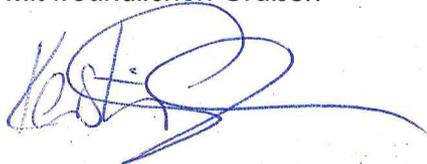
wir bedanken uns für die Möglichkeit zur im Betreff genannten Richtlinienänderung Stellung nehmen zu dürfen und tun dies wie folgt:

Die Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein begrüßt die Änderung der Richtlinie ausdrücklich. Hiermit wird eine notwendige Struktur in der Beratungslandschaft sinnvoll mit Haushaltsmitteln hinterlegt und den Beratungsstellen Planungssicherheit gewährt.

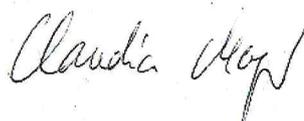
Kritisch anmerken möchten wir an dieser Stelle, dass eine Deckelung der Bezuschussung von Personalkosten im Umfang einer Eingruppierung in die Entgeltgruppe 10 TVöD als nicht angemessen erscheint.

Die Tätigkeit einer Erstberatung im Falle von häuslicher bzw. Partnergewalt erfüllt aus unserer Sicht sämtliche Kriterien von Bedeutung und Verantwortung mindestens entsprechend der Entgeltgruppe 11 TVöD. Durch die Deckelung sind die Beratungsstellen nicht im Stande, die Beraterinnen angemessen zu bezahlen. Insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel ist hier auf lange Sicht damit zu rechnen, dass es schwierig werden kann, geeignetes Personal zu gewinnen und zu halten.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Schoneboom (Stadt Glinde)



Claudia Meyer (Stadt Norderstedt)